

## Katholische Soziallehre, AfD und Österreich

Im Juni 2017 veröffentlichten die Professoren *Marianne Heimbach-Steins* (Universität Münster) und *Alexander Filipovic* (Philosophische Hochschule München) eine sozialetische Studie mit dem Titel „Grundpositionen der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ und der katholischen Soziallehre im Vergleich“. Die leitende Frage der Untersuchung lautet entsprechend: Wie verhalten sich grundlegende Positionen und politische Zielsetzungen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) zu den Positionen der katholischen Soziallehre?

Ziel der Untersuchung ist es, Orientierungen für eine christlich fundierte Urteilsbildung und Hilfestellungen für den Umgang mit inhaltlichen und kommunikativen Herausforderungen anzubieten, denen Christen in der Auseinandersetzung mit den Positionen und dem Politikstil der AfD begegnen. Die Expertise wurde auf Bitten und Anregung der katholischen Bischöfe der Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen erstellt.<sup>1</sup>

Bereits in der Einleitung der Studie wird die Behauptung aufgestellt, die AfD definiere ihre Programmatik über Feindbilder und Krisen, verweigere die Auseinandersetzung mit den großen Zukunftsfragen, ohne zukunftstaugliche politische Lösungen anzubieten. Die AfD möchte eine „deutsche Identität“ bewahren und lasse u.a. Verweise auf abendländische Werte und Traditionen im Unklaren. Ferner vertrete die AfD laut der Studie eine „ethno-nationale Bevölkerungspolitik“ und stehe angeblich auch in einem Spannungsverhältnis mit der Religionsfreiheit, berufe sich zu Unrecht auf die Soziale Marktwirtschaft, benutze populistische Kommunikationsstrategien und behaupte einen Alleinvertretungsanspruch für den „Mut zur Wahrheit“.

Richtigerweise stellen die Autoren einleitend und grundlegend folgende Frage: „Welche Kriterien für die eigene Urteilsbildung und das gesellschaftliche und politische Handeln bietet der christliche Glaube, bieten die Soziallehre bzw. die Sozialverkündigung der katholischen Kirche, Menschen an, die als Bürgerinnen und Bürger, als Verantwortungsträgerinnen und -träger in der Gesellschaft und im politischen Leben ihren Standpunkt klären und auch öffentlich vertreten wollen?“ (S. 1)

Die Verfasser der Studie verabsäumen allerdings, eine klare Definition der Grundpositionen der Soziallehre der katholischen Kirche darzulegen, was zum Zwecke des Vergleichs mit den Grundpositionen der AfD erforderlich gewesen wäre.

In der Einleitung wird richtigerweise festgehalten, daß die Soziallehre sich an der Würde jedes Menschen als Geschöpf, am Gemeinwohl, an Solidarität und Gerechtigkeit orientiere.<sup>2</sup> In dieser Auflistung fehlt das Prinzip der Subsidiarität.<sup>3</sup> Auf die Quellen der Soziallehre und somit Quellen der Sittlichkeit des Men-

schen, nämlich die Offenbarung und das Naturrecht, wird kein Bezug genommen. Der nicht erwähnte Grundgedanke der Soziallehre wäre der *ordo socialis*, einer möglichst gerechten Ordnung, aus der sich der Friede ergibt.<sup>4</sup> Die wichtigen päpstlichen Verlautbarungen eines Papst *Johannes Paul II.* oder eines Kardinal *Ratzingers/Papst Benedikts XVI.*, insbesondere seine *Lehrmäßigen Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben*, finden keine Erwähnung.<sup>5</sup> Eine Klärung des katholischen Staatsbegriffs wäre erforderlich gewesen.

Die Studie bleibt in ihren politikwissenschaftlichen Annahmen und Untersuchungen ebenfalls im Unklaren, wenn Begriffe wie „rechtsgerichtet“, „extrem“ oder „Globalisierung“, mit denen hantiert wird, nicht näher definiert werden. Bestimmte Schlüsse bleiben logisch schwer nachvollziehbar, wenn etwa festgestellt wird, daß die AfD für die direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist, ihr aber gleichzeitig undemokratische Verhalten unterstellt wird: „Was in der Außenansicht liberal daherkommt, beabsichtigt im Kern den radikalen Umbau, wenn nicht gar die Abschaffung bewährter demokratischer Institutionen.“ (S. 8)

Der staatsrechtliche Grundsatz, daß ein Staat neben einem Staatsgebiet eines Staatsvolkes bedarf, wird mehrmals auf ein „ethno-nationalistisches Verständnis“ (vgl. S. 35) reduziert.<sup>6</sup> Im folgenden wird exemplarisch auf die politischen Themen, die der AfD wichtig sind, in den Wahlkämpfen von derselben oft thematisiert werden und die in der erwähnten Studie einer Analyse und Kritik unterworfen werden, eingegangen werden und im Lichte der katholischen Soziallehre (neu) bewertet.

## Religion

Bezüge auf das Christentum spielen in der Programmatik der AfD eine tragende Rolle; es wird als *eine* Quelle der „deutschen Leitkultur“ beansprucht. Die Verfasser der Studie sind der Auffassung, die AfD reduziere die Religionsfreiheit auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und negiere diese für Muslime. Im Grundsatzprogramm der AfD steht: „Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit.“ Ferner bezieht sich die AfD in ihrem Programm auf *eine* islamische Glaubenspraxis, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet.<sup>7</sup>

Die Verfasser der Studie behaupten, daß die AfD „tendenziell gegen den menschenrechtlichen Charakter der Religionsfreiheit arbeite“ (S. 24). An diesem Punkt kommt das Versäumnis der Klärung der klassischen katholischen Staatslehre zum Tragen, der jedoch in einem Teilaspekt schon gestreift wird, wenn festgehalten wird, daß die religiösen Akteure auch die Pflicht haben, die öffentliche Ordnung und ein friedliches Zusammenleben zu achten (S. 25). Es gehört jedoch umgekehrt zu den primären Aufgaben des Staates, dessen Handeln gesetzlich verankert sein sollte, entsprechend einer Wertpolitik dem Gemeinwohl auch in Bezug auf eine Religionspolitik zu dienen. (Mit der Verantwortungsklausel vor Gott im Grundgesetz und den christlichen Feiertagen, die auch staatliche sind, bekennt sich die BRD auch zu einer bestimmten Wertpolitik.)

## Familie und Kinder

„Das Familienbild der AfD scheint auf den ersten Blick in christlich-konservativer Tradition zu stehen.“ (S. 14) Es wird wenig später festgehalten: „Mit ihrem auf die bürgerliche Kernfamilie und die biologische Abstammung fokussierten Familienbild vertritt die AfD eine konservative Position.“ (S. 15) Ferner: „Eine gewisse Nähe zwischen dem von der AfD stark gemachten konservativen Familienbild und der traditionellen katholisch-lehramtlichen Auffassung der Familie und der Geschlechterrollen ist nicht zu leugnen.“ (S. 18) Deutlich thematisieren die AfD u.a. die von der Kirche auch angesprochene Abtreibungsproblematik und die unbestrittene demographische Krise. Die Verfasser der Studie vertreten allerdings die Auffassung, die AfD ordne eine „nationale Bevölkerungspolitik“ und die Sorge um die Familie einem „übergeordneten ethno-nationalen Interesse“ unter, „das in der Konsequenz zu einer Abwertung nicht-deutscher Familien und ihrer Schutz- und Förderungsanliegen“ (S. 18) führe.

Die Familie ist nach katholischer Auffassung dem Staat vorgeordnet. Doch hat der Staat nach katholischer Auffassung die Aufgabe, dem Gemeinwohl und somit den Familien, aus denen sich das Staatsvolk zusammensetzt, und dessen Wohl zu dienen. Die AfD sieht die Familie entsprechend dem Grundgesetz der BRD als staatspolitische Norm, die des besonderen Schutzes des Staates bedarf, und tritt für eine „aktivierende Familienpolitik“ (AfD-Grundsatzprogramm) ein, die in vielen Ländern der Welt erfolgreich praktiziert wird.<sup>8</sup> Der demographischen Fehlentwicklung kann nach Auffassung der AfD nicht durch eine volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung entgegengewirkt werden, was eine legitime, naturrechtlich gedeckte und keine nicht-christliche politische Position ist.

## Gender

Die Verfasser der Studie sind der Auffassung, daß die AfD Gender bzw. die Gender-Ideologie als Feindbild konstruiert und nicht als Gender-Mainstream als politisches Instrument, Gender-Studies und Sexualpädagogik differenziere. Andererseits wird auch attestiert: „Die Ablehnung einer traditionellen Werte in Frage stellenden und diese untergrabenden ‚Gender-Ideologie‘ ist jedoch auch in der katholischen Kirche (sowie in konservativen protestantischen Kreisen und insbesondere unter evangelikalen Christen) verbreitet; hier bestehen deutliche Überschneidungen zwischen AfD-Forderungen und Positionen, die sowohl durch das päpstliche als auch das bischöfliche Lehramt der Kirche vertreten werden.“ (S. 23). Jene Ideologie ist nach Auffassung der AfD für die demographische Krise mitverantwortlich.

## „Flüchtlinge“ und Zuwanderung

Das Thema „Flüchtlinge“ ist seit dem Sommer 2015 das dominante politische Thema in Europa. Im Zuge der Flüchtlingskrise traten „rechtspopulistische“ Parteien wie die AfD mit Kritik im Umgang mit der Problematik auf. Teile von

amtskirchlichen Repräsentanten traten infolgedessen mit Kritik an jenen erfolgreich werdenden Parteien auf.<sup>9</sup> Diese Problematik ist aus Sicht der Sozialverkündung sehr vielschichtig. Dem Parteiprogramm der AfD ist ein eigenes Thema *Einwanderung, Integration und Asyl* gewidmet. Zunächst werden in diesem die mangelnde Diskussionskultur und die Denkverbote der politischen Korrektheit bezüglich der Thematik kritisiert, um klarzustellen, daß die AfD nicht prinzipiell gegen Einwanderung ist. Die AfD fordert jedoch einen Paradigmenwechsel.

Die Verfasser der Studie vertreten unter Mißachtung des Prinzips der Subsidiarität und eines Ordnungsdenkens die Auffassung, daß die Kirchen einer universalistischen und kosmopolitischen Position verpflichtet sind. Der Staat muß auch in Bezug auf seine Gesetze dem Wohl seines Staatsvolkes dienen und Schaden von ihm abwenden, wozu sich ein Bundeskanzler in seinem Amtseid verpflichtet. Ferner sollte ein souveräner Staat darüber bestimmen dürfen, wer sich auf seinem Staatsgebiet aufhält. Die AfD vertritt eine zunehmend restriktive Position in Migrations- und Asylfragen; Einwanderung hat sich von ökonomischen Interessen leiten zu lassen. Diese Auffassung stehe „in deutlichem Gegensatz zur katholischen Soziallehre“, konkret zum „Ethos der Nächstenliebe“ und zum „weltbürgerliche(n) Recht auf Migration“ (S. 36), so die Verfasser der Studie. Eine genaue Unterscheidung zwischen Asylanten, legalen und illegalen Migrantinnen wird nicht vorgenommen.

Die Quelle der Katholischen Soziallehre ist zunächst die Offenbarung: Das „Ethos der Nächstenliebe“ wurzelt im Doppelgebot der Liebe, das die Gottesliebe sowie auch eine richtig verstandene Eigenliebe beinhaltet. Zunächst gilt zum Gebot der Nächstenliebe zu bedenken, daß es eine Pflicht zur Gottesliebe und zur Nächstenliebe gibt – und zwar in dieser Reihenfolge (*Matthäus 22,34-40*). Nächstenliebe ist aber das konkrete Wohlwollen gegenüber dem real Nächsten. Das ist zunächst der Familienangehörige, Nachbar, Arbeitskollege und Landsmann. Jede „Fernstenliebe“ ist selten real und somit illusionistisch. Zudem sind Christen verpflichtet, die Mitchristen zu bevorzugen: „Laßt uns nicht müde werden, das Gute zu tun; denn wenn wir darin nicht nachlassen, werden wir ernten, sobald die Zeit dafür gekommen ist. Deshalb wollen wir, solange wir noch Zeit haben, allen Menschen Gutes tun, besonders aber denen, die mit uns im Glauben verbunden sind“ (*Gal 6,9*).<sup>10</sup>

Das von Papst *Johannes XXIII.* erwähnte „weltbürgerliche Recht auf Migration“ ist geknüpft an die Voraussetzung, „sofern gerechte Gründe dazu raten“.<sup>11</sup> Der politische Verantwortliche ist dem Gemeinwohl, somit der Erhaltung von Ordnung und dem Schutz der ihm Verantworteten verpflichtet. Dazu gehört die Einforderung einer Bringschuld gegenüber Gästen und Einwanderern, wie sie der Katechismus der Katholischen Kirche auch vorsieht.<sup>12</sup> Hierzu gilt zu beachten, daß sich jeder Bürger und politisch Verantwortliche gegen die Nächstenliebe versündigen kann, wenn er durch sein Tun dazu beiträgt, daß seine Nächsten durch die Einwanderung von Massen integrationsunwilliger Menschen, von denen mindestens drei Viertel wehrhafte Männer sind, Schaden erleidet, was nachweislich der Fall ist.<sup>13</sup>

## Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die Verfasser der Studie vertreten die Auffassung, die AfD lehne die Europäische Union als überstaatliches System ab und plädiere für ein Europa souveräner Nationalstaaten. Im Parteiprogramm der AfD steht: „Wir stehen für die Freiheit der europäischen Nationen von fremder Bevormundung.“ Ferner: Die EU soll kein zentralistischer Staat werden, Kompetenzen der EU sollen an die Nationalstaaten zurückgegeben werden und die EU bedarf der Reformen. Europa wird von den Verfassern der Studie mit der EU identifiziert. Sie beklagen eine (angeblich) mangelnde Solidarität der AfD bezüglich der EU sowie auch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Mißachtung des Prinzips der Subsidiarität, zudem sich die EU auch einst bekannte.<sup>14</sup> Ein Sozialstaat kann sich erst durch eine subsidiär gegliederte Solidargemeinschaft verwirklichen und die Solidargemeinschaft ist der Sozialstaat.

### Welche metapolitischen Grundsätze?

Es sei festgestellt, daß sich die AfD grundsätzlich „auf unsere Kultur“ bzw. „deutsche Kultur“, sowie auf das „Abendland“ und die „religiöse Überlieferung des Christentums“ beruft. Im siebten Kapitel des Grundsatzprogrammes der AfD zum Thema *Kultur, Sprache, Identität* steht etwa geschrieben: „Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur deutschen Leitkultur, die sich im Wesentlichen aus drei Quellen speist: erstens der *religiösen Überlieferung des Christentums*, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt. Gemeinsam liegen diese Traditionen nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern.“<sup>15</sup>

Doch welche sind die politisch relevanten „christlichen Werte“ konkreter? Konkret hat der damalige Präfekt der Glaubenskongregation, Kardinal *Ratzinger*, im Jahr 2002 in der von Papst *Johannes Paul II.* approbierten *Lehrmäßigen Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben* jene für einen Katholiken relevanten Komponenten dargelegt. In dieser werden in aller Deutlichkeit die dringendsten Kernanliegen auf dem Gebiet der Sittlichkeit in Erinnerung gerufen, die als große Zukunftsfragen gesehen werden können:

- Abtreibung und Euthanasie: die Rechte des Embryos sind zu achten und zu verteidigen;
- Schutz und die Förderung der Familie, die auf der monogamen Ehe zwischen Personen verschiedenen Geschlechts gründet;
- Schutz der Minderjährigen vor Frühsexualisierung und Genderismus.

Zum direkten Vergleich mit dem Grundsatzprogramm der AfD, dem *Programm für Deutschland*: In diesem gibt es ein eigenes Unterkapitel zur Thematik Abtreibung mit dem Titel *Willkommenskultur für Neu- und Ungeborene*, in dem

festgehalten wird: „Die AfD wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem Menschenrecht zu erklären.“<sup>16</sup> Wie die Verfasser der Studie selbst festhalten, steht die AfD für diese wichtigen Kernanliegen der Kirche. Der Christ ist gerufen, sich von einer Auffassung des Pluralismus im Sinn eines Relativismus in der Wahl der moralischen Prinzipien und Grundwerte zu distanzieren, die für das demokratische Leben selbst schädlich ist. Diese Prinzipien sind nicht verhandelbar, so der spätere Papst *Benedikt XVI.*

Die Verfasser der Studie attestieren der AfD, eine identitätsbezogene Politik zu verfolgen bzw. die „Stilisierung einer bestimmten ethnischen oder ethno-nationalen Zugehörigkeit“ (S. 12), ohne den Begriff der Identität oder der Nation irgendwie oder gar positiv zu bestimmen. Eine dieser Bestimmungen nahm Papst *Johannes Paul II.*, selbst ein ausgewiesener Sozialethiker, vor der UNO vor: „Das Recht auf die Existenz einer Nation schließt für jede Nation auch das Recht auf die eigene Sprache und Kultur ein, durch die ein Volk sich ausdrückt und die das fördert, was ich als die ihm eigene geistige Souveränität nennen mochte. (...) Dazu gehört das Recht, ihr Leben nach den eigenen Überlieferungen zu gestalten, ihre Zukunft aufzubauen und für eine angemessene Bildung ihrer jüngeren Generation zu sorgen.“<sup>17</sup>

In ähnlicher Weise wurde in der *Deklaration von Mexiko*, die von Vertretern von 130 Staaten während einer UNESCO-Konferenz 1982 verabschiedet wurde, festgehalten, daß die Hervorhebung der Kultursouveränität jeder ethnischen Gruppe, jeder Nation kein Zeichen des Separatismus oder Nationalismus ist, sondern zum Verstehen des Wesens des kulturellen Reichtums gehört, denn alle Kulturen sind Teil des gemeinsamen Erbes der Menschheit. Es ist auch Faktum, daß jeder Mensch in eine Nation bzw. ein Volk hineingeboren ist und fast jeder Erdenbewohner dieses Faktum, aus dem sich politische Handlungsmaximen ergeben, positiv bewertet. Das lateinische Wort für Volk ist bekanntlich *populus*, aus dem sich der Begriff Populismus ableitet, der von den Verfassern der Studie positiv und negativ gesehen wird.<sup>18</sup>

Ferner attestieren die Verfasser der Studie der AfD auch ein rückwärtsgewandtes Geschichtsbild: „Dieser Haltung scheint ein sehr pessimistisches Bild vom Menschen zu Grund zu liegen.“ (S. 75).<sup>19</sup> Alleine an diesem Punkt zeigt sich ein reduziertes christliches Menschenbild der Verfasser der Studie. Der Christ weiß nicht im Pessimismus, sondern im Realismus um die nach dem Sündenfall zur Sünde und somit im Zusammenleben zum Chaos neigende schwache Menschenatur. Dieser Mensch bedarf seiner Natur entsprechend zu seinem eigenen Heil der ihn stützenden Institutionen wie der Familie sowie auch des von Gott eingesetzten Staates, der Teil der sittlichen Ordnung ist und dem die Aufgabe der Realisierung des Gemeinwohles obliegt.<sup>20</sup> Ein Staat, eine Gesellschaft und ein Markt leben von Voraussetzung, die sie selbst nicht garantieren können.<sup>21</sup> Diese Voraussetzung sind in bestimmten Werten zu finden, die aus dem Christentum und auch dem Identitätsbewußtsein, das auch aus der Zugehörigkeit zu einer Nation entspringt. Ohne das Bekenntnis zu einer christlich-deutschen Leitkultur, auf das sich die AfD beruft, sowie ein Absterben oder Austreiben derselben

entstehen laut dem Politikwissenschaftler *Eric Voegelin* keine Liberale, sondern Ideologen.<sup>22</sup>

Das Merkmal eines Ideologen ist seine Teilbetrachtung aus der Gesamtheit der Wirklichkeit, zu deren Analyse eine umfassende politikwissenschaftliche und auch metaphysische gehört. Doch es sind die Verfasser der Studie, die behaupten, daß die AfD eine Auseinandersetzung mit den großen Zukunftsfragen verweigere, ohne zukunftstaugliche politische Lösungen anzubieten (ii). Dies ist eine Interpretation, Behauptung und Unterstellung der Verfasser der Studie, die einer subjektiven politischen Meinung gleichkommt und als solche in einer Demokratie auch zu respektieren ist. Die Verfasser unterlassen es selbst, (politische) Alternativen anzubieten und somit den eigenen Standpunkt klar darzulegen, aus dem sich eine Kritik an der AfD ergäbe. Diese ihre tendenziöse Meinung mit einer tendenziösen Interpretation der Katholischen Soziallehre zu begründen, ist wissenschaftlich fehlgeleitet.

Aus katholischer und politikhistorischer Betrachtung sei auf die bis heute virulenten Ideen von 1789 hingewiesen, mit den sich das christliche und insbesondere katholische Denken in einer Auseinandersetzung befand und befinden sollte – eine Thematik, die die Studie von den Professoren *Marianne Heimbach-Steins* und *Alexander Filipovic* nicht thematisieren. Geblendet von den scheinbar positiven Errungenschaften der Französischen Revolution werden jedoch meist die Verkehrenungen derselben und die von ihr ausgehenden und bis heute nachwirkenden Erschütterungen übersehen. Der Versuch der Realisierung der Ideale „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ hat unter anderem die Ideologien des Anarchismus, Egalitarismus, Kommunismus, Laizismus, Liberalismus, Sozialismus und anderer Ismen hervorgebracht, sowie zu sehr blutigen Revolutionen geführt.<sup>23</sup>

Worin sollen nun die Irrtümer in diesen drei hehren Idealen bestehen? Der Grundirrtum war, das diese Ideale abstrahiert von der Wirklichkeit, ohne Beziehung zu einem überindividuellen, gar absoluten Wert, Gott, gesehen wurden, wie etwa das Lehramt beurteilte.<sup>24</sup> Obwohl auch Katholiken zu einer wohlwollenden Interpretation der Revolution neigen, kann der Christ unschwer ihren gegen die Religion gerichteten Wesenszug und ihre Reduktionismen verkennen. Das falsche Prinzip, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt und ihn somit in einem *eritis sicut Deus* („Ihr werdet sein wie Gott“) dazu verführt, sich von Gott abzuwenden, liegt dieser Revolution zu Grunde. Im Gegensatz zu jenem Prinzip formulierte *Goethe*: „Nicht das macht frei, daß wir nichts über uns anerkennen wollen, sondern eben daß wir etwas verehren, das über uns ist. Denn indem wir es verehren, heben wir uns zu ihm hinauf und legen durch unsere Anerkennung an den Tag, daß wir selber das Höhere in uns tragen und wert sind, seinesgleichen zu sein.“<sup>25</sup>

Der Verlust einer metaphysischen Wirklichkeit führt zur Ideologie, d.h. Schaffung einer Scheinwirklichkeit und auch den Verlust der Wahrnehmung der faktischen Wirklichkeit und in weiterer Folge zur Auflösung der Gesellschaft.<sup>26</sup> Die Behauptung einer (negativen) Freiheit und (angeborenen) Gleichheit sowie auch der natürlichen Güte im Sinne des bedeutendsten Vordenker der Revolution, *Jean-Jacques Rousseau*, unter Leugnung der Erbsünde erklärten auch Päpste als

„sinnlos“<sup>27</sup>. Die (christliche inspirierten) Menschenrechtserklärungen bedürften der Ergänzung einer Erklärung der Menschenpflichten. Ein Katholik würde entsprechend dem Naturrecht und entgegen jenen Prinzipien der Französischen Revolution seine Pflichten mit Subsidiarität, Solidarität, Familie und Patriotismus sowie auch dem Gemeinwohl bestimmen.<sup>28</sup>

Einer Klärung bedarf das Verhältnis der Kirche zum Volk bzw. zur Nation, für die sich „rechtspopulistische“ Parteien wie die AfD einsetzen. Der dem katholischen Denker *Gottfried Herder* zugeschriebene Satz „Völker sind Gedanken Gottes“ widerspricht nicht dem katholischen Selbstverständnis.<sup>29</sup> Trotz eines christlichen Universalismus denkt der Katholik subsidiär. Der Mensch trägt nach christlichem Verständnis eine Verantwortung in letzter Instanz vor Gott, jedoch auch vor dem Nächsten, seiner Familie, der Gesellschaft und dem Volk in dem er lebt, auch der Ärmsten – jedoch nicht einer abstrakten und somit wenig realistischen Vorstellung einer Menschheit. An diesem Punkt scheiden sich eine linke von einer nicht-linken, eben rechten Weltanschauung.

Ein weiterer Kernbestand linker und linksliberaler Weltanschauung ist eine Fortschrittsideologie: Notwendigerweise soll es *den* Fortschritt (im Singular) der Menschheit geben, dem alles unterzuordnen ist. Hierzu erklärte *Robert Spaemann*, daß es sehr wohl Fortschritte gibt, etwa in der Medizin, *den* Fortschritt an sich gibt es jedoch nicht: „der Singular ‚Fortschritt‘ ist ein reiner Mythos, der geeignet ist, uns alle zu benebeln“<sup>30</sup>. Entsprechend eines ominösen Fortschritts sollen jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse und das Bewußtsein der Menschen seit der „68-Revolution“ radikalisiert verändert werden, damit der geschichts- und traditionslose utopische emanzipierte, „neue Mensch“ in einer so genannten „offenen Gesellschaft“<sup>31</sup> entstehen kann. Die AfD kritisiert zu Recht eben diese ideologischen Wurzeln der Zerstörung von Sittlichkeit, Familie und Gesellschaft.<sup>32</sup>

Die christliche Religion ist keine Privatangelegenheit - wie es sich ihre Feinde wünschen. Der Mensch lebt in der Welt, und in dieser hat der Christ auch einen Auftrag zu erfüllen, d.h. im Raum der Öffentlichkeit zu wirken und für eine christliche Leitkultur einzutreten.<sup>33</sup> In den Worten von *Bassam Tibi*, der den Begriff Leitkultur entscheidend prägte: Wer keine europäische Identität und europäische Leitkultur wolle, so sein Resümee, bekomme statt dessen eine islamische Leitkultur für Europa.<sup>34</sup> Was ist eine europäische Identität, wenn nicht eine christlich nach „realpolitisch“ gelebten christlichen Grundsätzen? Katholische Bischöfe sollten für eine christliche und auch deutsche - als Teil einer europäischen - Leitkultur eintreten, wie die AfD es tut. Kardinal *Ratzinger* hält in seiner *Lehrmäßigen Note* fest, daß ein Pluralismus im Sinne eines Relativismus für das demokratische Leben selbst schädlich ist.<sup>35</sup> Die AfD bekennt sich entgegen eines relativistischen Pluralismus zu den Kernthemen und -forderungen der katholischen Sozialverkündigung. Auch wenn man den Positionen der AfD nicht zuzustimmen braucht, sie bewegen sich im Unterschied zu anderen politischen Entscheidungen im Rahmen der demokratisch-rechtstaatlichen Ordnung und sind im Unterschied zum Ergebnis der Studie „Grundpositionen der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ und der Katholischen Soziallehre im Vergleich“ und zu



vielen Positionen anderer Parteien sehr wohl mit einer umfassenden katholischen Sozialverkündigung und ihrer Soziallehre der Kirche zu legitimieren.

### Österreich als das bessere Deutschland?

Ein paar Tage nach der veröffentlichten Studie gab es am 23. Juni 2017 aus katholischer Sicht zwei bemerkenswerte politische Entscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese waren die am gleichen Tag im Bundestag beschlossenen und verfassungsrechtlich kaum haltbaren Abstimmungen zur „Homo-Ehe“ („Ehe für alle“) und das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ von Justizminister *Heiko Maas* (SPD), die beide einen besorgniserregenden Ausdruck einer Distanzierung von christlichen Grundsätzen sowie dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit darstellen.

Bemerkenswert ist auch das Ergebnis der Bundestagswahl vom 25. September 2017. Die AfD schaffte mit einem Ergebnis von 12,6 % einen Erfolg, der trotz aller demokratiepolitisch fragwürdigen Agitationen nicht verhindert werden konnte. Man denke etwa an die Pressemitteilung des SPD-Vize *Ralf Stegner*: „Fakt bleibt, man muß Positionen und Personal der Rechtspopulisten attackieren, weil sie gestrig, intolerant, rechtsaußen und gefährlich sind!“<sup>36</sup> Die regierende CDU/CSU/SPD-Regierung mußte massive Stimmenverluste hinnehmen. Eine „Jamaika-Koalition“ kam im Herbst 2017 nicht zustande. Die so genannten Christ- und Sozialdemokraten nahmen daraufhin Verhandlungsgespräche auf. Anders als in der BRD verlief zeitgleich die politische Entwicklung in Österreich. Dort gab es im Oktober eine Nationalratswahl mit außergewöhnlichen Ergebnissen.

Die am 15. Oktober abgehaltene Nationalratswahl gewann die Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit 31,5% (plus 7,5%) unter ihrem neuen und erst 31-jährigen Obmann (Vorsitzenden) *Sebastian Kurz*. Die sozialdemokratische SPÖ konnte ihr bisheriges Wahlergebnis mit 26,9 % trotz der so genannten „Silberstein-Affäre“<sup>37</sup> halten; die „rechtspopulistische“ Freiheitliche Partei (FPÖ) gewann dazu und belegte mit 26% (plus 5,5%) den dritten Platz. Die österreichischen „Grünen“ schafften den Einzug in den Nationalrat nicht. Entscheidende Motive für den Wahlausgang waren zum einen der Wunsch nach einer Veränderung der politischen Situation sowie einem neuen politischen Stil, den offensichtlich *Sebastian Kurz* mit der von ihm vitalisierten und von „Schwarz“ in „Türkis“ umgefärbten sowie in „Neue ÖVP“ umbenannte ÖVP sehr gut entsprechen konnte.

Zum anderen war die überragende Relevanz der Migrationsfrage und -probleme entscheidendes Wahlmotiv. In diesem Punkt konnte *Sebastian Kurz*, der entgegen des Kurses von Kanzlerin *Angela Merkel* die so genannte „Balkan-Route“ gemeinsam mit den mitteleuropäischen Staaten schloß, den Wahlsieg erringen, indem er die migrationsrestriktive Position der FPÖ übernahm. ÖVP und FPÖ nahmen Koalitionsgespräche auf und präsentierten am 15. Dezember am geschichtsträchtigen Wiener Kahlenberg ihr Regierungsprogramm mit dem Titel „Zusammen. Für unser Österreich“. Bei dieser Präsentation bezog sich *Sebastian*

*Kurz* auf das unter der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition in deutschen Medien zu Beginn der 2000-Jahre verbreitete Wort von Österreich als dem besseren Deutschland.<sup>38</sup> Bundespräsident *Van der Bellen* gelobte die neue Regierung von Bundeskanzler *Sebastian Kurz* und Vizekanzler *Heinz-Christian Strache* zwei Tage später in der Wiener Hofburg an. Zu den oben angeführten Themen sei ein Blick in das neue österreichische Regierungsprogramm geworfen und ein paar Punkte zum Vergleich herangezogen:

- Religion: Zunächst gibt es eine Erklärung zu einer „Neuorientierung des Kultusamts und Entwicklung zur zentralen Verwaltungsbehörde in Fragen der Religionsgesellschaften mit stärkeren Kontrollbefugnissen.“ Beachtenswert: „Kampf gegen den politischen Islam – Österreich gewährleistet die Glaubens- und Religionsfreiheit, aber bekämpft den politischen Islam. Sicherstellung einer umfassenden Kontrolle der Darstellung der Lehre, einschließlich eines Textes der wesentlichen Glaubensquelle (Koran), gemäß § 6 Islamgesetz.“

- Familie: „Die Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann mit den gemeinsamen Kindern ist die natürliche Keimzelle und Klammer für eine funktionierende Gesellschaft und garantiert zusammen mit der Solidarität der Generationen unsere Zukunftsfähigkeit. Für uns stehen vor allem die Kinder im Mittelpunkt – Familie soll ein Ort sein, wo sie behütet aufwachsen können und gut auf das Leben vorbereitet werden.“ Familienpolitik ist einer der Schwerpunkte der neuen Koalitionsregierung; versprochen wird „ein großes Plus für Familien: Familien werden stärker als bisher gefördert, indem jedes Kind das Nettoeinkommen erhöht. Im Wege des „Familienbonus Plus“ wird die Steuerlast pro Kind um bis zu 1.500 Euro reduziert. Eindrucksvoll ist auch ein klares Bekenntnis zur Wahlfreiheit: „Echte Wahlfreiheit muß sowohl die Bedürfnisse jener Elternteile berücksichtigen, die sich für einen früheren Wiedereinstieg ins Berufsleben entscheiden, als auch die Bedürfnisse derer abdecken, die sich für eine Kinderbetreuung zu Hause bis zum Kindergarteneintritt entscheiden.“ Auch finden sich im Programm ein klares Bekenntnis zum Kinder- und Jugendschutz vor den Gefahren der Digitalisierung, sowie auch klare Bestimmungen zum Schutz von Kindern vor Pornographie und Gewalt im Internet. Sexualstrafen sollten verschärft werden.

- „Flüchtlinge“ und Zuwanderung: „... die illegale Migration in unser Land soll gestoppt und qualifizierte Zuwanderung am Bedarf Österreichs ausgerichtet werden. Zudem sind wir bereit, jenen Menschen, die unsere Hilfe wirklich brauchen, im Wege des Asyls Schutz für die Dauer ihrer Verfolgung zu bieten.“ Ferner: „Probleme im Bereich der Integration müssen erkannt, offen angesprochen, gelöst und dürfen nicht aus falsch verstandener Toleranz verschwiegen werden. Einer zunehmenden (vor allem islamistischen) Radikalisierung, dem Entstehen von Parallelgesellschaften sowie einem vermehrten Einfluß aus dem Ausland wird entgegengetreten.“

- Gender: In geschlechterpolitischer Hinsicht wird ein sachlicher Ton angeschlagen. „Die Besonderheit beider Geschlechter macht den Mehrwert für die Gesellschaft sichtbar. Die Verschiedenheit von Mann und Frau zu kennen und anzuer-

kennen, ist ein Bestandteil menschlichen Lebens und damit unantastbar mit der Würde des Menschen verbunden.“

- Europa-, Wirtschafts- und Sozialpolitik: Bedeutsam ist das Bekenntnis zum Prinzip der „Subsidiarität als Leitsatz für die Entwicklung Europas“. Es soll keine Zustimmung zu einem EU-Beitritt der Türkei geben. Zum Punkt Sozialpolitik findet sich ein Bekenntnis zur Generationengerechtigkeit.<sup>39</sup>

Weitere Punkte im Programm sind etwa das „Bekenntnis zu einem starken Österreichischen Bundesheer“ (bei Beibehaltung der Wehrpflicht), der „Kunst und Kultur als wesentlicher Standortfaktor für Österreich“, ein explizites Bekenntnis zu den „Altösterreichern“, insbesondere Südtirol (mit Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft für selbige), und den Vertriebenen. Zum Thema Bildung steht ein klares Bekenntnis am Beginn des Programms: „Ein modernes Bildungssystem muß diesen differenzierten Anforderungen durch eine differenzierte Struktur an Schultypen Rechnung tragen. Eine wesentliche Komponente im Bildungssystem ist das Erreichen relevanter Bildungsziele.“ Zum Thema Medienpolitik: „Die Bundesregierung plant zur Vorbereitung ihres Medien-Maßnahmenpakets, speziell hinsichtlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Abhaltung einer umfassenden Medien-Enquete sowie der Zivilgesellschaft.“

Für den Lebensschutz sind folgende Vorhaben vereinbart: „Organisation einer parlamentarischen Enquete zum Thema der eugenischen Indikation und zur Verhinderung von Spätabtreibungen; bessere psychologische und finanzielle Unterstützung von Schwangeren mit einer medizinischen Indikation einer Behinderung des Kindes“. Dem Leser dieser Zeilen sei überlassen, mit ausreichender Information eine Analyse der politischen Situation und Entwicklung, sowie seines Beitrags zur dieser, somit auch eine eigene politische Standortbestimmung vorzunehmen und dabei die Werte bzw. Ideale „patriotisch, freiheitlich, konservativ“ gegebenenfalls zu überdenken. Als entscheidendes Kriterium dient ihm dazu eine umfassend verstandene Katholische Soziallehre – diese lehrt, es sei daran erinnert, insbesondere die heute vom Zeit(un)geist „verdrängten“ Tugenden, die ein Politik aufweisen sollte. Neben den vier wichtigsten „natürlichen“ Kardinaltugenden Klugheit, Tapferkeit, Besonnenheit und Gerechtigkeit seien zur Orientierung die drei „übernatürlichen“ göttlichen Tugenden Glaube, Liebe und *last but not least* die Hoffnung genannt, die alle von sozialer Relevanz sind – sie dienen dem Wohl des Ganzen.

### **Anmerkungen**

1) Verantwortlich für die Expertise sind Marianne Heimbach-Steins (Universität Münster) und Alexander Filipovic (Philosophische Hochschule München), Sozialethische Arbeitspapiere des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften, <https://www.uni-muenster.de/FB2/ics/publikationen/AP8.html>.

2) Dem zentralen Prinzip des Gemeinwohls wird in Klammern, ohne nähere Ausführungen, der Zusatz „universal“ hinzugefügt. Eine Klärung des biblischen Menschenbildes wäre erforderlich gewesen. Entsprechend des christlichen Menschenbildes ist der Mensch zur Heiligkeit berufen, somit hat er zu seinen ihm gegebenen Menschenrechten auch

Pflichten. Der Mensch ist entsprechend christlich-naturrechtlicher Lehre ein Gemeinschaftswesen.

3) Papst Pius XI. definierte die Subsidiarität als dasjenige „was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf. (...) Es verstößt gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen; zugleich ist es überaus nachteilig und verwirrt die ganze Gesellschaftsordnung.“, Quadragesimo anno, Nr. 79.

4) Das Werk bzw. die Frucht der Gerechtigkeit wird der Friede sein, vgl. Jesaja, 32,17, Wahlspruch Papst Pius XI.: „Opus iustitiae pax.“ Nach dem Kirchenlehrer Augustinus ist der Friede die „Ruhe in der Ordnung“.

5) Das Naturrecht enthält sittlich-rechtliche Grundsätze, die den Einzelmenschen und den Gesetzgeber verpflichten (Unverletzlichkeit von Leib und Leben, von Ehre und Eigentum, der persönlichen Freiheit, der Religionsfreiheit; die Achtung geschlossener Verträge, die gesellschaftliche Autorität). Vgl. Johannes Messner: Kurz gefaßte christliche Soziallehre, Seite 5.

6) Diese Unklarheit bleibt etwa auch im Kapitel 3 (Doing Populism? Analyse und Bewertung der Kommunikationsweise der AfD) aufrecht, wenn es etwa heißt: „Aus ethischen Gründen abzulehnen ist dieser Populismus dort, wo er antidemokratische Züge aufweist. Auch dafür konnten Belege gefunden werden, die zum Teil als solche klar zu erkennen sind. Mehrfach ist dieses Kriterium aber nicht eindeutig nachweisbar.“, S. 64. In dieser Analyse sollte es im folgenden um politische Inhalte gehen. Nach den beschriebenen Kriterien der Kommunikation müßten alle Parteien populistische Kommunikationsmuster aufweisen. Daß die BRD im Unterschied zu vielen anderen Staaten über wenig direkt-demokratische Wahlmöglichkeiten verfügt, und daß die EU ein Demokratiedefizit hat (was auch durch eine fehlende gesamteuropäische Öffentlichkeit bedingt ist), sind in der Politikwissenschaft allgemeiner Konsens. Neben der AfD fordert auch die CSU mehr direkt-demokratische Voten.

7) Vgl. Grundsätze Programm für Deutschland (Kurzfassung), S. 10: „Viele gemäßigte Muslime leben rechtstreu sowie integriert und sind akzeptierte und geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie gehören zu Deutschland. Der Islam gehört aber nicht zu Deutschland.“ Zum besseren Verständnis des Islam ist zu beachten, daß der Islam eine Gesetzesreligion ist, die keine Trennung einer religiösen Sphäre von der politischen kennt. Eine katholische und auch orthodoxe Staatsauffassung kennt eine *Unterscheidung* zwischen einer geistlichen und weltlichen Sphäre entsprechend dem Herrenwort: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers und Gott, was Gottes ist“ (vgl. Mt 22,21). Doch bekennt der Christ im Vaterunser: „*Dein* Reich komme. *Dein* Wille geschehe, im Himmel, so auch auf Erden.“ (Mt 6, 10). Der Wille Gottes soll nicht nur im Jenseits gelten, sondern eben auch im hier und jetzt – auf Erden, d.h. eben auch in der politischen Sphäre. Die Gebote Gottes und die natürliche Sittenordnung sollen auch im Staat gelten. Der Dienst am Reich Gottes ist letztgültiger Inhalt der Politik für den Christen.

8) Das Bekenntnis der AfD zur Familie als gesetzliche staatspolitische Norm wird im Grundsatzprogramm der AfD festgehalten und in der Studie nicht erwähnt. Programm für Deutschland: „Insbesondere Ehe und Familie garantieren als Keimzellen der bürgerlichen Gesellschaft den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt und genießen daher zu Recht den besonderen Schutz des Staates.“, S. 40. Als positive familienpolitische Maßnahme seien die Steuererleichterung für Familien in Frankreich oder auch eine erfolgreiche pronatalistische Bevölkerungspolitik in Rußland genannt.

9) Vgl. Kardinal Marx: „Wir distanzieren uns klar vom populistischen Vorgehen und vielen inhaltlichen Haltungen der Partei.“ Inakzeptabel seien pauschale Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Verunglimpfung anderer Religionsgemeinschaften, Haß und Gleichgültigkeit gegenüber den Armen. Ein politisches Agieren, das Ängste vor Überfremdung schüre und einseitig nationale Interessen betone, sei mit der christlichen Perspektive nicht vereinbar. Vgl. „AfD nicht mit christlichem Glauben vereinbar“, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/katholische-bischoefe-distanzieren-sich-von-der-afd-14917396.html>.

10) Dementsprechend nehmen die mitteleuropäischen „Visegrad-Staaten“ Ungarn und Slowakei christliche Flüchtlinge auf.

11) Dem steht die Auffassung entgegen, die u. a. der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban äußerte, daß es „kein Recht auf ein besseres Leben gibt“. Bekanntlich sind Staaten wie Afghanistan, Irak, Iran, Algerien, Marokko (von der UNO) nicht als Kriegsgebiete eingestuft. Über 70% der seit dem Sommer 2015 nach Europa zugereisten so genannten „Flüchtlinge“ sind junge Männer, und ein verschwindend geringer Bruchteil dieser sind laut Genfer Flüchtlingskonvention tatsächlich Flüchtlinge bzw. politische Asylanten.

12) Der Katechismus der Katholischen Kirche (1993) hält hierzu grundsätzlich fest: „Die wohlhabenderen Nationen sind verpflichtet, soweit es ihnen irgend möglich ist, Ausländer aufzunehmen, die auf der Suche nach Sicherheit und Lebensmöglichkeiten sind, die sie in ihrem Herkunftsland nicht finden können. Die öffentlichen Autoritäten sollen für die Achtung des Naturrechts sorgen, das den Gast unter den Schutz derer stellt, die ihn aufnehmen. Die politischen Autoritäten dürfen im Hinblick auf das Gemeinwohl, für das sie verantwortlich sind, die Ausübung des Einwanderungsrechtes verschiedenen gesetzlichen Verpflichtungen unterstellen und verlangen, daß die Einwanderer ihren Verpflichtungen gegenüber dem Gastland nachkommen. Der Einwanderer ist verpflichtet, das materielle und geistige Erbe seines Gastlandes dankbar zu achten, dessen Gesetzen zu gehorchen und die Lasten mitzutragen.“, KKK 2241.

13) Bundesinnenminister Thomas de Maizière sagte bei der Präsentation der Kriminalstatistik des Jahres 2016: Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen und daher vor allem Zuwanderer sei höher als der Schnitt der Bevölkerung. Man könne das zwar erklären durch eine Reihe an Faktoren – beispielsweise sind unter den Zuwanderern viele junge Männer und junge Männer, die generell anfälliger für Straftaten seien. Dennoch sei dies eine besorgniserregende Entwicklung und nicht akzeptabel. Vgl. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/04/pks-und-pmk-2016.html>

14) Im Artikel 5 des EG-Vertrages heißt es: „In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können.“ Das Subsidiaritätsprinzip dient nicht nur der Erhaltung der Eigenständigkeit der EU-Staaten, es hilft auch, ein Stückchen „EU-Bürokratie“ abzubauen. <http://www.eu-info.de/europa/6326>

15) Programm für Deutschland, S. 47.

16) Ebenda.

17) Johannes Paul II.: Ansprache vor der UNESCO, Paris, 1980.

18) Vgl. Zur kritischen, nicht-linken Auseinandersetzung mit dem Populismus-Vorwurf: Populismus. Das unerhörte Volk und seine Feinde: Christian Günther, Werner Reichel (Hrsg.), Frank & Frei, Frank Stronach Akademie, Wien, 2017.

- 19) Die Auffassung der angeblichen „Rückwärtsgerichtetheit“ der AfD entsteht aus dem Standpunkt eines Progressivismus bzw. einer Fortschrittsgläubigkeit.
- 20) Der Christ bejaht den Staat. Der Apostel Paulus spricht im Römerbrief deutlich über den Staat: „Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes“ (Römer 13 1-7, vgl. auch 1 Petrus 2, 13-17). Wenn auch die Schrift die Würde und die Bedeutung des Staates anerkennt, weist das Neue Testament auch mit großem Ernst darauf hin, daß der Staat zur widergöttlichen Macht entarten kann. So wird etwa vor dem Hintergrund der Christenverfolgung im Buch der Offenbarung vor dem „Tier aus dem Abgrund“ (Offenbarung 17) gewarnt. Die politische Macht kann zum Repräsentanten des Antichristen werden.
- 21) Vgl. das sogenannte Böckenförde-Diktum: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat Gesellschaft Freiheit, S. 60.
- 22) „Wenn man jedoch in der Praxis den Menschen erfolgreich das Christentum austreibt, dann werden sie nicht rationale Liberale, sondern Ideologen.“ Der Liberalismus und seine Geschichte, in: Christentum und Liberalismus, Karl Forster (Hrsg.), S. 37.
- 23) Die Französische Revolution führte mit ca. 400.000 Todesopfern zum größten Massenmord in der Geschichte Frankreichs, der sich nicht zuletzt in der katholischen Vendée ereignete. Die Oktober-Revolution und der Kommunismus als ideologische Kinder der Französischen Revolution brachten weltweit ca. 100 Millionen Menschen um ihr Leben. Vgl. Alain Courtois: Schwarzbuch des Kommunismus. Laut Courtois zeichnet sich ein Totalitarismus insbesondere durch einen Szientismus aus.
- 24) Eine Beurteilung der Französischen Revolution leisteten mehrere Päpste, so etwa Papst Johannes Paul II. bei einer Meßfeier in Paris im Juni 1981 in seiner Predigt: „Was haben die Söhne und Töchter eures Volkes nicht alles zur Kenntnis des Menschen, zum Ausdruck des Menschen durch die Festlegung seiner unveräußerlichen Rechte beigetragen! Es ist ja bekannt, welche Rolle die Idee der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit in eurer Kultur und eurer Geschichte spielt. Im Grunde sind dies christliche Ideale. Und ich sage dies wohl wissend, daß diejenigen, die als erste dieses Ideal formuliert haben, keineswegs den Bund des Menschen mit der ewigen Weisheit im Sinne hatten.“
- 25) Goethe zu Eckermann, 18. I. 1827.
- 26) Gott ist auch jener Wert, mit dem die Menschenwürde und somit die Menschenrechte oder auch die Demokratie stehen oder fallen. Der Begründer der katholischen Soziallehre, Papst Leo XIII. hält dazu fest: „Von der Religion, mit der Gott verehrt wird, hängt das Wohl des Staates und der Gesellschaft ab.“ (Immortale Dei, Nr. 19)
- 27) Vgl. Papst Pius X. in Pascendi Dominici Gregis: „Sie scheuen sich auch nicht davor, der Kirche vorzuwerfen, sie würde auf einer abschüssigen Bahn wandeln, wenn sie zwischen der äußerlichen Bedeutung der Formeln und ihrem religiösen und moralischen Wert keine Unterscheidung kennt, sich jedoch mit vergeblicher Anstrengung an sinnlose Formeln klammert und dabei die Religion zugrunde gehen läßt.“ (Nr. 17)
- 28) Vgl. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Einsprüche des thomistischen Philosophen Edward Feser, in: Kirchliche Umschau, S. 26-34, Nr. 11, November 2017.
- 29) In der Enzyklika Laborem exercens erklärt Papst Johannes Paul II., daß „die Volksgemeinschaft – auch wenn sie noch nicht die ausgereifte Form einer Nation erreicht hat – nicht nur die große, wenn auch mittelbare 'Erzieherin' jedes Menschen ist (da ja jeder sich in der Familie die Gehalte und Werte zu eigen macht, die in ihrer Gesamtheit die Kultur einer bestimmten Nation ausmachen), sondern sie auch die große und historische Inkarna-

tion der Arbeit aller bisherigen Generationen verkörpert. All das bewirkt, daß der Mensch seine tiefste menschliche Identität mit der Zugehörigkeit zu einer Nation verbindet“.

30) Robert Spaemann: Planungsgesetze zur Gentechnik wären unerhörter Totalitarismus, Junge Freiheit, 8. Februar 2006.

31) Das Konzept der „offenen Gesellschaft“ geht ideologisch insbesondere auf „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ von Karl Popper zurück. In diesem wirkmächtigen Werk legt Popper eine liberale Kritik an Platon, Hegel und Marx dar, erschließt jedoch weder ein genuines Philosophieverständnis und somit Naturrecht, noch eine göttliche Offenbarung (mit ihrer prophetischen Tradition) oder auch einen Mythos. Popper gibt aus einer dezisionistischen Position selbst keine Normen für das Zusammenleben vor. Die (platonische) Differenz von Seele und Gesellschaft sowie auch die Möglichkeit eines liberalen Totalitarismus wird von Popper nicht gesehen.

32) Jörg Meuthen erklärte am 1. Mai 2016: Die AfD wolle „weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland.“ Zur Unvereinbarkeit der „68er“-Ideologie mit einer katholischen Weltanschauung vgl. Rudolf Willeke: Hintergründe der 68er-Kulturrevolution, <http://www.aktion-leben.de/was-wir-wollen/die-hintergruende/68er-kulturrevolution>. Zu selten werden die Folgen dieser Ideologie in der BRD beleuchtet, etwa eine Infantilisierung der Gesellschaft.

33) Die mißbrauchte Leitkultur – eine Beschwerde: <http://bazonline.ch/ausland/europa/die-missbrauchte-leitkultur-eine-beschwerde/story/14576141>. Bassam Tibi des weiteren: „Deutschland verleugnet sich selbst.“

34) Vgl. Papst Pius XI., Enzyklika Quas Primas: „Christi Königswürde verlangt, daß das gesamte Staatswesen nach den göttlichen Geboten und den christlichen Grundsätzen geordnet und eingerichtet werde: so in der Gesetzgebung, so in der Rechtsprechung, und so auch in der Heranbildung der Jugend.“

35) Siehe Kongregation für die Glaubenslehre: Lehmäßige Note zu einigen Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben (2002).

36) Im Zuge des Wahlkampfes wurde der baden-württembergische AfD-Stadtrat Eberhard Brett mit einer Holzlatte krankenhaureif geschlagen. Die AfD erhob daraufhin schwere Vorwürfe gegen Stegner. Im Herbst des selbigen Jahres kam es zu weiteren Gewaltakten gegen Politiker in der BRD.

37) Gezieltes *dirty campaigning* wurde von der SPÖ unter Anleitung des Politikstrategen Thal Silberstein gegen die politischen Gegner betrieben. Nähe zu antisemitischem und rassistischem Gedankengut sollten dabei Sebastian Kurz und Heinz-Christian Strache untergeschoben werden. Der amtierende Kanzler Kern (SPÖ) behauptete, von diesen Aktivitäten nichts gewußt zu haben.

38) <https://www.stern.de/wirtschaft/job/oesterreich-das-bessere-deutschland-3298546>

39) Vgl. [http://www.nachrichten.at/storage/med/xmedia/287297\\_Regierungsprogramm.pdf](http://www.nachrichten.at/storage/med/xmedia/287297_Regierungsprogramm.pdf).

*Dr. Daniel Führung ist Publizist, Privatlehrer und Dozent an diversen katholischen Bildungseinrichtungen in Österreich und Deutschland.*